

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	507
		<b>TOP:</b>	13
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	705/2016
		<b>GZ:</b>	StU
<b>Sitzungstermin:</b>	25.10.2016		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Laun (ASS), Herr Vecellio (JugA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Faßnacht / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>BPlan mit Satzung über örtl. Bauvorschriften Stafflenberg-/Gerokstr. (ehemalige Diakonieverwaltung) im Stadtbez. Stuttgart-Ost (Stgt 280)</b> <b>- BPlan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB</b> <b>- Auslegungsbeschluss gem. § 3 (2) BauGB</b>		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 18.10.2016, nicht öffentlich, Nr. 490

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 06.10.2016, GRDRs 705/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Bebauungsplan mit Satzung über örtliche Bauvorschriften Stafflenberg-/Gerokstraße (ehemalige Diakonieverwaltung) im Stadtbezirk Stuttgart-Ost (Stgt 280) und die Begründung jeweils mit Datum vom 22. August 2016 sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind öffentlich auszulegen.

Der Geltungsbereich ist dem zeichnerischen Teil zum Bebauungsplan (Anlage 2) zu entnehmen.

Pläne zu der im Betreff genannten Angelegenheit sind im Sitzungssaal ausgehängt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Sie wird aus Datenschutzgründen nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

BM Pätzold erinnert an das im Rahmen der Einbringung aufgekommene Thema der Bäume und übergibt hierzu das Wort an Frau Laun (ASS).

Frau Laun (ASS) erläutert die Anwendung der Baumschutzsatzung mithilfe einer Präsentation. Insgesamt seien im Verfahren 89 Bäume kartiert worden, von denen 52 gefällt werden müssen. 32 dieser 52 Bäume fallen unter die Baumschutzsatzung. Für diese 32 Bäume sind 59 Ersatzbäume notwendig. Nachdem eine sehr dichte Bebauung vorgesehen ist, gebe es Schwierigkeiten, Bäume dort so unterzubringen, dass sie eine Lebensperspektive haben. Deswegen und um mehr Gehölzschutzbereiche zu fördern, habe man eine Gehölzgruppe und zusätzlich 4 Gehölze im Bebauungsplan festgesetzt. Somit könnten vielleicht vier der vorhandenen Bäume, die noch nicht unter die Baumschutzsatzung fallen, da sie noch keinen Stammumfang von 80 cm in 1 m Höhe haben, sich dort zu einem ordentlichen Baum entwickeln. Daneben werden 17 Neupflanzungen möglich. Da im Inneren des Gebietes Tiefgaragen vorgesehen sind, könne dort wahrscheinlich nur einer dieser Bäume gepflanzt werden. Insgesamt komme man auf 21 Bäume, die in dem Gebiet anerkannt werden können, 38 Bäume müssen mit Geld abgelöst werden.

BM Pätzold trägt nach, der Bezirksbeirat Ost habe der Vorlage mit der Maßgabe zugestimmt, eine mindestens zweigruppige Kita in das Projekt zu integrieren. Dies widerspreche allerdings sowohl dem bestehenden Städtebaulichen Vertrag als auch dem Beschluss sowohl des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen (WA) als auch des Ausschusses für Umwelt und Technik (UTA) des Gemeinderats vom Juni 2016. Diesem Beschluss des Bezirksbeirats könne somit nicht gefolgt werden.

StRin Gröger (SPD) beantragt wegen des Themas der Kita, den Beschluss über die Vorlage zurückzustellen, da man zunächst die Antwort des Jugendamtes - welches diesbezüglich um Stellungnahme gebeten wurde - abwarten wolle. Sie persönlich könne den Beschluss des Bezirksbeirats nachvollziehen, da auch in diesem Gebiet ein Bedarf bestehe. Darüber hinaus erinnert sie an aktuelle Gerichtsurteile was Kita-Plätze angeht.

StRin Munk (90/GRÜNE) kann dem Antrag auf Zurückstellung zustimmen, da ihre Fraktion ebenfalls von der Frage der Versorgung mit Kita-Plätzen umgetrieben werde. StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) stimmt dem Antrag ebenfalls zu. Grundsätzlich stehe man dem Vorhaben sehr skeptisch gegenüber, da es "ein isoliertes Quartier für ein gutsituieretes Oberschichtklientel" sei und auf die Anwendung der SIM-Vorgaben verzichtet werde. Hinzu kommen der schmerzhaft hohe Baumverlust und die Kita-Frage.

BVin Strohmaier (Ost) schickt voraus, der Bezirksbeirat habe den Verlust der Bäume nicht kritisch gesehen. Sie begrüßt die Zurückstellung der Beschlussfassung. Der Bezirksbeirat Ost habe die Stuttgarter Betreuungssituation und die im Stuttgarter Osten bei seinem Beschluss im Auge gehabt. Der Betreuungsgrad bei Kleinkindern liege trotz Rechtsanspruch stuttgartweit bei nur 42 %. Daher möge es sein, dass an dieser Stelle kein akuter Bedarf besteht. Nehme man dafür das benachbarte Gablenberg in den

Blick, wo der Betreuungsgrad nur bei 20 % liege, so sei es für Eltern eine gute Perspektive, ihr Kind dort betreuen zu lassen. Sie bittet darum, die im Sommer getroffene Entscheidung zu überdenken und dem Beschluss des Bezirksbeirats Ost zuzustimmen.

Nach Ansicht von StR Conz (FDP) ist dies ein gutes Beispiel dafür, wie die gutmeinenden Vorschläge und Beschlüsse des Gemeinderats Bauvorhaben teurer machen. In diesem Fall verteuern SIM und die Baumschutzsatzung das Bauvorhaben, weshalb man sich nicht wundern müsse, dass wohnen und mieten immer teurer werden.

Herr Vecellio (JugA) führt aus, das Jugendamt schaue sehr genau auf die sozialräumliche Situation. Daher seien nicht nur der gesamte Stuttgarter Osten, sondern auch Gänsheide und Uhlandshöhe mit abgewogen worden nach den aktuellen statistischen Daten. Die Bewertung habe ergeben, dass mit den Projekten, die noch kommen, denen, die schon beschlossen sind und mit den Angeboten, die bereits da sind, die Versorgung zumindest rechnerisch gewährleistet ist. Dies sei die Grundlage für die Entscheidung gewesen. So werde z. B. in der Hackländer Straße eine 4-gruppige Kita neu gebaut, die von zwei auf vier Gruppen erweitert wurden. Das Argument, im Osten bestehe noch Bedarf, treffe zu, "aber ich möchte den Bedarf gerne da decken, wo er nötig ist. Der größte Ausbaubedarf ist nicht auf der Gänsheide, sondern in Gablenberg. Da kann man uns kritisieren, da müssen wir nachziehen."

StRin Gröger hält ihren Vertagungsantrag dennoch aufrecht. Sie findet, es werde seit Jahrzehnten mit zwei Zungen geredet. "Sie ermitteln den Bedarf aus der unmittelbaren Umgebung, aber seit es Rechtsansprüche für die 3- bis 6-jährigen gibt, wird dann wieder der Stadtbezirk in toto herangezogen zur Deckung und werden Eltern zum Teil ganz schön weit geschickt. Das ist auch gedeckt durch die Rechtsprechung. Man kann es im Stadtbezirk decken. Aber da müssen wir uns mal einigen, wo wir das eigentlich tun." Hinzu komme noch die Situation, dass manche Standorte für Kindertagesstätten in solchen Lagen seien, dass die Eltern ihre Kinder eigentlich nicht für viele Stunden am Tag untergebracht wissen möchten wegen der Lärm- und Luftbelastung. Darüber hinaus brauche man über den miserablen baulichen Zustand mancher Kindertagesstätten gar nicht erst reden. Auch hier stelle sich an der einen oder anderen Stelle die Frage Abriss und Neubau, sodass nach Ende der Schulsanierungen nach ihrer Überzeugung ein größeres Kindertagesstättenprogramm folgen werde.

Der Vorsitzende verweist auf die Stellungnahme des Jugendamts und betont, aus dem Bauvorhaben selber erwachse ein Bedarf von 1,5 Gruppen. Sollte eine zweigruppige Kita gewünscht sein, müsste der Gemeinderat die Mittel für eine halbe Gruppe "sozusagen als Entschädigung durch die Stadt noch bereitstellen".

Er lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen wird.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

## Verteiler:

- I. Referat StU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)  
Baurechtsamt (2)  
wg. UTA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat WFB  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)  
Stadtkämmerei (2)
  3. Referat JB  
Jugendamt
  4. BVin Ost
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN